

08.07.2010 / Titel / Seite 1

Koalition bittet zur Kasse

Insgesamt 307,4 Milliarden Euro will der Bund im kommenden Jahr ausgeben. So sieht es der Haushaltsplan 2011 von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vor, den das Bundeskabinett am Mittwoch in Berlin beschlossen hat. Das sind vier Prozent weniger, als für das laufende Jahr veranschlagt sind. Damit würde die Vorgabe zur Verringerung des Defizits aufgrund der im Grundgesetz verankerten »Schuldenbremse« eingehalten. Für 2010 rechnet die Regierung noch mit Ausgaben von 319,5 Milliarden Euro. Doch trotz der Einsparungen wird auch im nächsten Etat ein Loch von 57,5 Milliarden Euro klaffen. Das ist zwar deutlich kleiner als in diesem Jahr, in dem der Bund ein Rekorddefizit von voraussichtlich über 80 Milliarden hinnehmen muß, doch von einem ausgeglichenen Haushalt ist die Regierung aus CDU/CSU und FDP weit entfernt. Denn der Bund rechnet 2011 nur mit Steuereinnahmen von 221,8 Milliarden Euro, dazu kommen noch sonstige Zuflüsse von 28,1 Milliarden Euro - in jedem Fall zu wenig, um die Ausgaben zu finanzieren.

Das größte Budget verwaltet Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU). In ihrem Ressort sollen die Ausgaben um fast acht Prozent auf rund 132 Milliarden Euro gekürzt werden. Vor allem »Hartz IV«-Bezieher müssen massive Einschnitte hinnehmen. Bei ihnen werden unter anderem die vom Bund gezahlten Beiträge zur Rentenversicherung gestrichen und das Elterngeld. Der befristete Zuschlag, den Arbeitslose erhalten, wenn sie vom Arbeitslosengeld I in das Arbeitslosengeld II übergehen, entfällt ebenfalls. Von »bitteren sozialpolitischen Härten« sprach der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Thomas Oppermann.

Die Linkspartei wertet die Haushaltsplanung der Koalition als Erfolg der Wirtschafts- und Finanzlobby. Es entstehe der Eindruck, daß der Entwurf »nicht aus dem Bundesministerium der Finanzen, sondern direkt aus den Berliner Lobbyistenbüros« käme, sagte Linkspartei-Chefin Gesine Löttsch am Mittwoch in Berlin. Die Verursacher der Finanzkrise würden erneut nicht zur Kasse gebeten, die Haushaltssanierung statt dessen »auf den Schultern von 1,7 Millionen armen Kindern und 3,2 Millionen Arbeitslosen abgeladen«, so Löttsch.

Finanzminister Schäuble verteidigte seinen Entwurf. »Wir leisten einen Beitrag für nachhaltiges Wachstum«, äußerte er gestern in Berlin. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) sprach vom »Beginn einer Zeitenwende«. Die Koalition fange damit an, »konsequent, intelligent und fair« zu sparen. Die Industrie soll eine Brennelementesteuer für Atomkraftwerke zahlen.

Scharfe Kritik kam in diesem Zusammenhang von Umweltschützern. Der Haushaltsplan belege, daß die Regierung das stillgelegte Bergwerk Schacht Konrad und den Salzstock Gorleben endgültig als Atommüllendlager ausbauen wolle, heißt es in einer Erklärung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Denn ausgerechnet der Etat des Bundesumweltministeriums verzeichne einen leichten Zuwachs.

Den gibt es auch im Bildungsressort. So darf die zuständige Ministerin Annette Schavan (CDU) bis 2013 insgesamt zwölf Milliarden Euro mehr ausgeben. Aus diesem Topf sollen 480 Millionen Euro pro Jahr für die Bildungsförderung bedürftiger Kinder bereitgestellt werden. Die Regierung reagiert damit auf ein Urteil des Verfassungsgerichts. Das hatte seinerzeit eine Neuberechnung der »Hartz IV«-Regelsätze angeordnet.

jW-Bericht